

Subventionen von unseren Steuergeldern ohne Klimaschutzauflagen!

Die Lufthansa will Milliarden vom Staat – aber zugleich weiter das Klima ruinieren und Geschäfte in Steueroasen machen. Der Deal steht kurz vor dem Abschluss, denn CDU und CSU haben schon ihre Zustimmung signalisiert. Unterzeichnen Sie jetzt unseren Eil-Appell: SPD-Vizekanzler Olaf Scholz muss hart bleiben – und die Staatshilfen an Bedingungen knüpfen!

die Lufthansa bleibt am Boden: 700 von 760 Flugzeugen stehen derzeit still. Entsprechend laut ruft der Konzern jetzt nach Staatshilfen. 10 Milliarden Euro sollen es sein – die bislang größte staatliche Unternehmenshilfe während der Corona-Krise.[1] Die Lufthansa hätte dieses Rettungspaket gerne sofort – aber bitte ohne Gegenleistung. Politische Mitsprache und faire Zinsen für die Hilfgelder? Bei den Verhandlungen mit der Regierung schaltet der Konzern auf stur.[2] Klimaauflagen wie das Aus für Inlandsflüge oder ein Ende der Lufthansa-Geschäfte in Steueroasen? Werden gar nicht erst diskutiert.

Steuermilliarden fordern und dabei noch die Bedingungen diktieren – dreister geht's kaum. Doch die Taktik der Lufthansa könnte aufgehen. CDU und CSU wollen die Staatshilfen ohne jede Bedingung vergeben.[3] Das Problem: Der Deal setzt die Standards, wie in den nächsten Monaten insgesamt Hilfgelder vergeben werden – als Geschenke an Großkonzerne oder verknüpft mit harten Auflagen.

Immerhin: In der SPD rumort es. Umweltministerin Svenja Schulze will die Hilfen an Klimavorgaben binden.[4] Und auch Finanzminister Olaf Scholz, der mit am Verhandlungstisch sitzt, hat klar gemacht: Geld gibt es nur gegen Auflagen.[5] Das ist unsere Chance. Wenn wir jetzt einen Aufschrei gegen die dreisten Lufthansa-Pläne organisieren, merkt Scholz: Der Widerstand gegen bedingungslose Staatshilfen ist groß. Der Minister muss in den Verhandlungen hart bleiben und die Rettungsgelder an Bedingungen knüpfen.

Doch wir müssen schnell sein: Die Lufthansa-Verhandlungen sind fast abgeschlossen. Der Konzern drängelt, denn er verliert derzeit eine Million Euro – pro Stunde.[6] Deswegen unsere Bitte: Unterzeichnen Sie jetzt unseren Eil-Appell. Den haben wir gemeinsam mit der Bürgerbewegung Finanzwende und dem Umweltinstitut München gestartet. Wenn wir Hunderttausend Unterschriften zusammenbekommen, wollen wir damit bei den Abschlussgesprächen zur Stelle sein – damit Scholz nicht einknickt.